SBV
SSE
SSIC

Schweizerischer Baumeisterverband
Société Suisse des Entrepreneurs
Società Svizzera degli Impresari-Costruttori
Societad Svizra dals Impressaris-Constructurs

Sessionsvorschau

Herbst 2026 (14. September – 2. Oktober 2026



28. August 2026

Herbstsession 2026

Hier finden Sie die Vorschau auf die aktuelle Session des National- und Ständerates aus Sicht des Schweizerischen Baumeisterverbandes mit den für die Bauhauptunternehmen wichtigsten Traktanden.

Nationalrat Überblick

Woche 1

Nr	Titel	Haltung SBV	Behandlung im Rat
25.4638	Anpassung der Beschaffungsschwellenwerte zur Stärkung der Schweizer Unternehmen (Motion)	👍	16.09.26

Woche 2

Nr	Titel	Haltung SBV	Behandlung im Rat
25.049	Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG). Bundesgesetz (Geschäft des Bundesrates)	👍	23.09.26
25.3429	Temporärbranche nicht weiter von der Schlechtwetterentschädigung ausschliessen (Motion)	☝	24.09.26

Woche 3

Nr	Titel	Haltung SBV	Behandlung im Rat
26.026	Mehrwertsteuer-Sondersatz für Beherbergungsleistungen (Geschäft des Bundesrates)	👎	28.09.26
16.442	Arbeitnehmende in Start-ups mit Firmenbeteiligungen sollen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein (Parlamentarische Initiative)	☝	02.10.26
25.304	Für eine konkrete Unterstützung bei den wachsenden Herausforderungen der dualen Berufsausbildung. Erlernen einer Zweitsprache soll in der Lehrlingsausbildung obligatorisch werden (Standesinitiative)	👎	02.10.26

Ständerat Überblick

Woche 1

Nr	Titel	Haltung SBV	Behandlung im Rat
23.4078	Lehrbetriebe entlasten (Motion)	👆	14.09.26
25.316	Reduktion der in Deponien gelagerten Schlackenmenge (Standesinitiative)	👎	16.09.26
26.3518	13. AHV-Rente. Zuweisung der Steuermehreinnahmen der Kantone und Gemeinden an die AHV (Motion)	👎	17.09.26
26.026	Mehrwertsteuer-Sondersatz für Beherbergungsleistungen (Geschäft des Bundesrates)	👎	17.09.26

Woche 2

Nr	Titel	Haltung SBV	Behandlung im Rat
26.3002	Massnahmen gegen Gefälligkeits- und mangelhafte Arztzeugnisse zulasten von Arbeitgebern und Sozialversicherungen (Motion)	👍	22.09.26

Woche 3

Nr	Titel	Haltung SBV	Behandlung im Rat
26.023	26.023 Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» (Geschäft des Bundesrates)	👆	28.09.26
26.4049	Die Funktion von ISOS auf den Kerngehalt zurückführen (Motion)	👍	30.09.26
26.3527	Überprüfung des dualen Systems für die Finanzierung, Steuerung und Beaufsichtigung der Bahninfrastrukturprojekte (Postulat)	👍	01.10.26
26.3741	Wirkung der Stellenmeldepflicht mit Arbeitslosen-/Inländervorrang deutlich verstärken (Motion)	👎	01.10.26
26.4043	Rechtssichere Pilotprojekte für einfaches Bauen (Gebäudetyp E) (Motion)	👍	01.10.26
26.3743	Zuwanderungsabgabe. Ein Instrument für Kostenwahrheit und Steuerungsfähigkeit der Migration (Motion)	👎	01.10.26
26.3734	Gleich lange Spiesse im Bildungsmarkt. Wettbewerbsschutz im EHB-Gesetz analog zum ETH-Gesetz verankern (Motion)	👍	01.10.26

Nationalrat Ausführungen

JA zu 25.4638 Anpassung der Beschaffungsschwellenwerte zur Stärkung der Schweizer Unternehmen (Motion)

Bund, Kantone und Gemeinden müssen regelmässig Güter und Dienstleistungen beschaffen. Das zugehörige Verfahren hängt davon ab, ob der Beschaffungswert eine bestimmte Schwelle überschreitet. Je höher der Wert, desto aufwendiger das Verfahren. Diese Schwellenwerte wurden seit 2019 nicht angepasst, obwohl sich etwa Bauleistungen seitdem um 15 Prozent verteuert haben. Eine Ausschreibung rutscht damit leicht über die Schwelle, obwohl sie sich inhaltlich nicht verändert hat. Der bürokratische Aufwand für die öffentliche Hand als auch die Anbieter hat sich erhöht. Der SBV hält es für sinnvoll, die Schwellenwerte entsprechend der Teuerung anzuheben und eine vorhersehbare und transparente Methode mit allen betroffenen Akteuren festzulegen.

JA zu 25.049 Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG). Bundesgesetz (Geschäft des Bundesrates)

Der SBV unterstützt grundsätzlich den Aufbau einer nationalen Mobilitätsdateninfrastruktur. Ein besserer Austausch von Mobilitätsdaten trägt dazu bei, Verkehrsströme effizienter zu steuern und Infrastrukturprojekte bedarfsgerechter zu planen. Aus Sicht des SBV ist entscheidend, dass die gewonnenen Daten konkret zur Verbesserung und zum gezielten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur eingesetzt werden.

ÄNDERUNG bei 25.3429 Temporärbranche nicht weiter von der Schlechtwetterentschädigung ausschliessen (Motion)

Der SBV begrüsst die massgebliche Textänderung des Ständerats. Demnach sollen nur Arbeitnehmende bezugsberechtigt sein, «die mindestens seit sechs Monaten in einem durchgehenden Arbeitsverhältnis in der Temporärbranche beschäftigt sind». Da diese Einschränkung das Missbrauchsrisiko reduziert, sollte der Nationalrat in diesem Punkt dem Ständerat folgen.

NEIN zu 26.026 Mehrwertsteuer-Sondersatz für Beherbergungs-leistungen (Geschäft des Bundesrates)

Der SBV empfiehlt Ständerat und Nationalrat auf diese Vorlage nicht einzutreten. Der Sondersatz auf Beherbergungsleistungen ist ein Steuerprivileg. Die Branche erfreut sich einer hohen Anzahl Übernachtungen, diese konjunkturelle Stütze über 300 Millionen Franken erscheint daher nicht notwendig. Das Parlament hatte das Entlastungspaket 2027 stark zusammengestrichen. Eine Verlängerung eines solchen hohen Steuerprivilegs bis 2035 erscheint daher als unangemessen.

FRISTVERLÄNGRUNG BEI 16.442 Arbeitnehmende in Start-ups mit Firmenbeteiligungen sollen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein (Parlamentarische Initiative)

Der SBV unterstützt eine erneute Fristverlängerung bei diesem Geschäft. Er begrüsst die Stossrichtung der Parlamentarischen Initiative, die neu gegründeten Unternehmen bessere Bedingungen einräumen will, um auf dem Markt Fuss fassen zu können: Diejenigen ihrer Mitarbeitenden, die im Besitz einer Mitarbeiterbeteiligung sind, sollen mehr Flexibilität bei ihrer Arbeitszeitgestaltung erhalten und deshalb vom Geltungsbereich des Arbeitsgesetzes ausgenommen werden. Die Bestimmungen zum Gesundheitsschutz sollen allerdings auch für diese Angestellten weiterhin Anwendung finden.

NEIN zu 25.304 Für eine konkrete Unterstützung bei den wachsenden Herausforderungen der dualen Berufsausbildung (Standesinitiative)

Ob es Sinn macht, die Zweitsprache in der Beruflichen Grundbildung weiter zu vertiefen, hängt vom Beruf ab. Am besten können die Branchenverbände einschätzen, welche Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt für die einzelnen Berufsbilder nachgefragt werden. Ein flächendeckendes Obligatorium mittels Gesetz ist nicht zielführend. Bereits heute verbringen Lehrlinge nur 12,5 Tage pro Monat auf der Baustelle, um die praktischen berufsbezogenen Fähigkeiten zu erlernen. Ein zusätzlicher Sprachunterricht könnte diese Zeit weiter reduzieren. Daher hat der Ständerat die Vorlage abgelehnt.

Ständerat Ausführungen

ÄNDERUNG bei 23.4078 Lehrbetriebe entlasten (Motion)

Wir empfehlen, dem Vorschlag der WBK-S zu folgen und die Motion umzuwandeln. Die einzelnen Massnahmen zur Entlastung der Betriebe und zur Förderung der Berufslehre sollten auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Wir begrüssen, dass dabei die Verbundpartner involviert werden.

ÄNDERUNG bei 26.023 Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)» (Geschäft des Bundesrates)

Der SBV unterstützt die Mehrheit der WAK-S, den Kündigungsschutz für Gewerkschafter nicht auszuweiten. Diese umstrittene «Massnahme 14» wird von Arbeitgeberseite abgelehnt. Ebenfalls schlägt der SBV vor, der Mehrheit der WAK-S bei Artikel 8a zu folgen, so dass die Amtshilfe und Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden möglich ist. Die WAK-S möchte ferner die Kautionspflicht für ausländische Betriebe ab dem ersten Einsatz in der Schweiz beibehalten, die Bilateralen III verlangen sie erst nach dem ersten Vergehen. Das Bauhauptgewerbe ist nicht von der Kautionspflicht betroffen. Da die Änderung Teil des Gesamtpakets ist, empfiehlt der SBV, sie gemäss den Verträgen zu akzeptieren und damit der Minderheit der WAK-S zu folgen.

NEIN zu 25.316 Reduktion der in Deponien gelagerten Schlackenmenge (Standesinitiative)

Der SBV begrüsst den Grundsatz, Abfälle zu reduzieren und bestmöglich zu verwerten. Aber ein Verbot von Produkten, die grosse Mengen an Schlacke erzeugen, wird die Abfallverwertung nicht verbessern und zu illegaler Abfallablagerung und -entsorgung an nicht zugelassenen Orten führen. Darüber hinaus gibt es für Produkte, die viel Schlacke verursachen, nicht unbedingt Alternativen mit denselben Vorteilen und Preisen.
Die Besteuerung bestimmter Produkte könnte in gewissem Umfang zu einer besseren Verwertung von Abfällen beitragen. Bevor jedoch solche Produkte besteuert werden, sollten zunächst die notwendigen Voraussetzungen und Mittel für deren Verwertung geschaffen werden, zumal die Umsetzung einer solchen Besteuerung komplex sein dürfte.
Letztendlich ist die mangelnde Kapazität der Deponien ein grundlegendes Problem. Es liegt in der Zuständigkeit der Kantone, auf ihrem Gebiet für ausreichende Deponiekapazitäten zu sorgen.

NEIN zu 26.3518 13. AHV-Rente. Zuweisung der Steuermehreinnahmen der Kantone und Gemeinden an die AHV (Motion)

Die Kommissionsmotion war innerhalb der SGK-N sehr umstritten, beantragen doch 12 der 25 Mitglieder als Minderheit die Ablehnung. Der SBV spricht sich gegen die Vorlage aus. Die Steuermehreinnahmen von 650 Millionen Franken genügen bei weitem nicht, um das Defizit in der AHV zu schliessen. Da die 13. AHV-Rente gemäss Parlamentswillen durch eine höhere Mehrwertsteuer finanziert werden soll, drohen den Kantonen und Kommunen höhere Ausgaben bei Beschaffungen. Daher ist unklar, welche Kantone oder Gemeinden unterm Strich profitieren. Eine Feinjustierung über den Kantonsansteil bei der direkten Bundessteuer erscheint vermessen.

NEIN zu 26.026 Mehrwertsteuer-Sondersatz für Beherbergungsleistungen (Geschäft des Bundesrates)

Der SBV empfiehlt Ständerat und Nationalrat, auf diese Vorlage nicht einzutreten. Der Sondersatz auf Beherbergungsleistungen ist ein Steuerprivileg. Die Branche erfreut sich einer hohen Anzahl Übernachtungen, eine konjunkturelle Stütze über 300 Millionen Franken erscheint daher nicht notwendig. Die Diskussionen um das Entlastungspaket 2027 waren intensiv, das Parlament hat die ursprünglichen Sparpläne stark zusammengestrichen. Eine Verlängerung eines solchen hohen Steuerprivilegs bis 2035 erscheint daher als unangemessen.

JA zu 26.3002 Massnahmen gegen Gefälligkeits- und mangelhafte Arztzeugnisse zulasten von Arbeitgebern und Sozialversicherungen (Motion)

Der Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmenden ist für die Bauunternehmen ein zentrales Anliegen. Gleichzeitig lässt sich nicht ausschliessen, dass es vereinzelt zu missbräuchlichen «Gefälligkeitszeugnissen» kommt, also zu ärztlichen Bestätigungen einer Arbeitsunfähigkeit, obwohl keine Krankheit vorliegt. Deshalb unterstützt der SBV den Vorstoss. Der Nationalrat hat ihm bereits zugestimmt.

JA zu 26.4049 Die Funktion von ISOS auf den Kerngehalt zurückführen (Motion)

Dank dem Runden Tisch ISOS wird die zugehörige Verordnung per 1. November 2026 geändert, so dass weniger Blockaden von Bauprojekten zu erwarten sind. Daher überrascht es, dass die UREK-S bereits so früh einen deutlichen Schritt weiter gehen möchte. Der SBV unterstützt die Motion mit dem folgenden Gedanken dennoch: Bis der Bundesrat nach einer allfälligen Überweisung der Motion einen Gesetzesentwurf vorlegt, wird mindestens ein Jahr vergehen. Dies bietet ausreichend Zeit, um die Wirkung der Verordnungsänderung zu überprüfen. Falls noch immer zu viele ungerechtfertigte Blockaden Bauvorhaben torpedieren sollten, hätte das Parlament ein scharfes Schwert in der Hand.

JA zu 26.3527 Überprüfung des dualen Systems für die Finanzierung, Steuerung und Beaufsichtigung der Bahninfrastrukturprojekte (Postulat)

Der SBV teilt die Ansicht der Geschäftsprüfungskommission des Ständerats, dass das derzeitige duale System für die Finanzierung, Steuerung und Beaufsichtigung der Bahninfrastrukturprojekte (Ausbau einerseits und Substanzerhalt andererseits) überholt ist. Es braucht eine kohärentere allgemeine Steuerung der Substanzerhaltungs- und Ausbauprojekte. Zwar hält das Bahninfrastrukturfondsgesetz fest, dass die finanziellen Mittel vorrangig den Bedarf für den Betrieb und den Substanzerhalt sicherstellen sollen. In der Praxis führt die institutionelle Trennung jedoch zu Koordinations- und Abgrenzungsproblemen.

Nein zu 26.3741 Wirkung der Stellenmeldepflicht mit Arbeitslosen-/ Inländervorrang deutlich verstärken (Motion)

Der SBV lehnt Sanktionsmassnahmen bei der Stellenmeldepflicht entschieden ab. Grundproblematik ist, dass bei der heutigen Datenerfassung der Stellenmeldepflicht kein Unterschied gemacht wird zwischen Fachkräften mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis EFZ, Fachkräften mit Eidgenössischem Berufsattest EBA und unqualifizierten Mitarbeitenden ohne Kompetenznachweis. Letztere Gruppe sorgt über alle Branchen hinweg mit ihrer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit dafür, dass die ganze Berufsart den Stellenmeldepflicht-Schwellenwert von fünf Prozent überschreitet und somit selbst Berufe mit nachweislichem Fachkräftemangel meldepflichtig werden.

JA zu 26.4043 Rechtssichere Pilotprojekte für einfaches Bauen (Gebäudetyp E) (Motion)

Beim Gebäudetyp E ist die Idee, auf gewisse Standards zu verzichten, um die Kosten und damit Wohnungsmieten tief zu halten. In der Schweiz könnte man aus Sicht des SBV bereits gemäss diesem Gebäudetypen bauen. Denn es gilt grundsätzlich die rechtlich Vermutung, dass im Werksvetrag der gewünschte Standard vom Bauherren definiert und vom Bauunternehmen geliefert wird. Die Motion bietet eine Gelegenheit, diese Vermutung zu überprüfen. Deshalb empfielt der SBV die Annahme.

NEIN zu 26.3743 Zuwanderungsabgabe. Ein Instrument für Kostenwahrheit und Steuerungsfähigkeit der Migration (Motion)

Eine Zuwanderungsabgabe würde KMU und personalintensive Branchen überproportional belasten. Internationale Grosskonzerne und Unternehmen mit hohen Margen könnten die zusätzlichen Kosten vergleichsweise leicht tragen. Für KMU wären sie dagegen deutlich schwerer zu verkraften. Besonders betroffen wäre die Baubranche, die stark von arbeitsintensiven Tätigkeiten geprägt ist und bereits heute unter einem ausgeprägten Fachkräftemangel leidet.
Bauunternehmen sind auf qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen, weil der inländische Arbeitsmarkt den Bedarf in zahlreichen Berufen nicht ausreichend decken kann. Eine zusätzliche Abgabe würde ihre Rekrutierung verteuern und erschweren. Damit würden ausgerechnet jene Unternehmen belastet, die für den Bau von Wohnungen, Verkehrsinfrastrukturen, Energieanlagen und öffentlichen Einrichtungen benötigt werden.

JA zu 26.3734 Gleich lange Spiesse im Bildungsmarkt. Wettbewerbsschutz im EHB-Gesetz analog zum ETH-Gesetz verankern (Motion)

Der gesetzliche Grundauftrag der Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) ist für die Berufsbildung von grosser Bedeutung. Die Motion stellt nicht diesen Auftrag infrage, sondern regelt die Rahmenbedingungen für Leistungen, die im Wettbewerb mit privaten Anbietern erbracht werden. Staatliche Institutionen wie die EHB können über strukturelle, unfaire Vorteile verfügen. Daher ist es wichtig, dass im Wettbewerb gleich lange Spiesse gelten. Die Motion schafft die notwendige Transparenz, indem sie eine klare Trennung zwischen dem öffentlich finanzierten Kernauftrag und wettbewerblich erbrachten Dienstleistungen schafft.

Ihre Ansprechpersonen beim SBV

Leiter Politik und Kommunikation
Lukas Oesch
Tel. 058 360 76 30
lukas.oesch@baumeister.ch

Klima, Energie und Umwelt
Louis Ducret
Tel. 058 360 77 01
louis.ducret@entrepreneur.ch

Arbeitsrecht und Sozialversicherungen / Infrastruktur und Mobilität
Matthias Engel
Tel. 058 360 76 35
matthias.engel@baumeister.ch

Raumplanung und Wohnungsbau
Mathias Lorenz
Tel. 058 360 76 36
mathias.lorenz@baumeister.ch

Wirtschaft und Finanzen
Martin Maniera
Tel. 058 360 76 40
martin.maniera@baumeister.ch

Schweizerischer Baumeisterverband
Weinbergstrasse 49 / Postfach
8042 Zürich